

PRESSEMITTEILUNG

Dachau, 12.03.2026

JVB

Gewerkschaft
Justizvollzug
Bayern

Beamte warten 6 Monate länger:

JVB kritisiert verspätete Besoldungsanpassung – Wertschätzung sieht anders aus

Die sechsmonatige Verzögerung bei der Übertragung des aktuellen TV-L-Abschlusses auf den Beamtenbereich empfinden viele **Justizvollzugsbeamte** als Schlag ins Gesicht.

Der Tarifabschluss für die Beschäftigten der Länder sieht eine Erhöhung der Entgelte **ab dem 1. April 2026 um 2,8 Prozent, mindestens jedoch um 100 Euro, vor.** Eine weitere Erhöhung um **2,0 Prozent zum 1. März 2027** sowie eine zusätzliche Anpassung um **1,0 Prozent ab dem 1. Januar 2028** sind ebenfalls Bestandteil des Abschlusses.

Nach den Plänen der Staatsregierung sollen diese Anpassungen auf Bayerns Beamte mit einer Verzögerung von sechs Monaten erfolgen:

- **ab 1. Oktober 2026:** Erhöhung der Besoldung um **2,82 Prozent,**
- **ab 1. September 2027:** weitere Erhöhung um **2,0 Prozent,**
- **ab 2028:** eine weitere Anpassung um **1,0 Prozent** ist grundsätzlich vorgesehen; der konkrete Zeitpunkt ist derzeit noch offen, da diese Maßnahme im aktuellen Doppelhaushalt bislang nicht berücksichtigt ist.

Wertschätzung endet offenbar beim Geld

„Der Staat spricht gerne von Wertschätzung für seine Beamten. Wenn es jetzt ums Geld geht, bleibt davon offenbar nicht viel übrig“, erklärt der JVB-Landesvorsitzende Alexander Sammer. „Wer täglich Verantwortung übernimmt und unter Einsatz persönlicher Risiken für Sicherheit und Ordnung sorgt, darf nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern herhalten.“ Gerade im Justizvollzug ist das nicht mehr vermittelbar. Die Belastung ist seit Jahren hoch. Personalmangel, steigende Anforderungen im Umgang mit psychisch auffälligen und aggressiven Gefangenen sowie wachsende Sicherheitsrisiken prägen vielerorts den Dienstalltag.

Spardiktat im Landtag stoppen

Da der Bayerische Landtag die Übertragung per Gesetz beschließen muss, wird sich der JVB gemeinsam mit dem Bayerischen Beamtenbund dafür einsetzen, dass das Spardiktat der Staatsregierung dort keine Mehrheit findet.

